

Rede Lützerath (VO/1122/2023) 24.02.2023

Liebe Menschen,

für manche ist Lützerath nur ein Symbol der Klimagerechtigkeitsbewegung. Aber es ist mehr als das, im Grunde ist Lützerath ein Zeugnis.

Ein Zeugnis, dass klimaschädliche Subventionen, wichtiger sind als das Wohlergehen der Bevölkerung. Solche schmutzigen Deals, ohne die die Braunkohleverstromung NICHT wirtschaftlich wäre, dienen lediglich der Profitmaximierung weniger Menschen in hohen Positionen. Bereits 2018 stellte der Bericht des Fraunhofer ISE heraus, dass die Stromgestehungskosten für Braunkohlekraftwerke nicht mehr konkurrenzfähig bspw. mit Freiflächen-PV-Anlagen sind und in Folge der höheren CO₂-Abgaben künftig immer unwirtschaftlicher werden. [\[ISE2018\]](#) Die Studie kam auch zu dem Schluss, dass sämtliche PV-Anlagen konkurrenzfähig zur Braunkohleverstromung sind. Das Bild manifestierte sich auch in der Nachfolgestudie aus dem Jahr 2021: Während die Kosten von Photovoltaik weiter gesunken sind, wurde Braunkohleverstromung immer teurer. [\[ISE2021\]](#)

Lützerath ist daher auch ein Zeugnis fauler Kompromisse, denn einem Deal mit einem Energiekonzern wie RWE mehr Gewicht zu geben, als einem internationalen Vertrag wie dem Pariser Klimaschutzabkommen, ist einfach nicht zu rechtfertigen.

Und deshalb ist Lützerath auch ein Zeugnis verfehlter Klimaschutzpolitik im Allgemeinen, denn natürlich werden wir unsere Klimaschutzziele nicht erreichen, wenn wir die Kohle, die unter Lützerath schlummert, verfeuern. Braunkohleverstromung ist die schmutzigste Art der Stromerzeugung. Der vorzeitige Kohleausstieg verringert keine einzige Tonne CO₂, die Emissionen entstehen einfach nur früher und werden künftige Generationen dadurch auch noch früher belasten.

Warum soll aber Lützerath abgebaggert werden, wenn das doch eigentlich unwirtschaftlich ist? Und wieso reden wir denn überhaupt darüber, ob wir Versorgungssicherheit im Stromsektor ohne die Kohleverstromung haben, was im Übrigen zahlreiche Studien widerlegen. [\[S4F\]](#) Liebe Kolleg*innen von der CDU, warum reden wir darüber? Ich kann es Ihnen sagen, der Name Peter Altmaier sollte Ihnen allen vermutlich ein Begriff sein. Die jahrzehntelange klimafeindliche Politik der CDU/CSU war es, die die komplette Solarbranche in Deutschland in den Ruin getrieben hat. [\[Spektrum\]](#) Danke für nichts.

Wir als Klimaliste müssen uns von niemanden, aber auch wirklich niemanden hier im Hause erzählen oder vorwerfen lassen, wir hätten unsere Ziele aus den Augen verloren. Von NIEMANDEN!

Wir haben im Danni Widerstand geleistet und wir haben auch in Lützerath zum Ausdruck gebracht, dass wir nicht bereit sind, dass RWE die Kohle abbaggert, um nochmal ordentlich Profit zu machen, bevor dann das Aus des Kohlestroms kommen soll.

Während sich ein Großteil der heute hier anwesenden Stadtverordneten am 14. Januar dieses Jahres beim Neujahrsempfang bei Wein, Bier, Sekt und Häppchen vergnügt hat, sind bereits morgens gegen 7:30 Uhr etwa 10 Mitglieder der Klimaliste, darunter 3 unserer Stadtverordneten, nach Lützerath aufgebrochen, um Widerstand gegen diese verfehlte Politik zu leisten. An dieser Stelle nochmal ein großes Dankeschön an Fridays for Future für die Organisation der Solibusse! Selbst widrige Bedingungen wie Regen, Wind und schlammiger Boden haben uns und Zehntausende andere nicht davon abgehalten, in Lützerath zu demonstrieren, denn wir wollten dieses Zeugnis mit nicht mehr und nicht weniger würdigen, als es verdient hat, mit einer glatten 6.

Und nur um das nochmal klarzustellen: Wir haben in der letzten StVV auch nicht gegen das Ansinnen des Antrags von Dietmar Göttling gestimmt, sondern lediglich gegen die Dringlichkeit. Denn Dietmar hätte genügend Zeit gehabt, den Antrag rechtzeitig ins Verfahren zu bringen, wie (fast) alle anderen hier das auch zu pflegen tun. Aber nein, Dietmar wollte sich mal wieder als einziger wahrer Klimaretter in Szene setzen und die Koalition, uns als Klimaliste und seine ehemalige Fraktionskollegin Madelaine vorführen, daran besteht kein Zweifel, wenn man die Begründung des Antrags liest. Wenn es dir Dietmar um die Sache gegangen wäre, dann hätten wir da auch früher drüber reden können. Aber auf solche Spielchen von dir lassen wir uns nicht ein.

Unser Antrag ist lösungsorientiert und verdient daher eure und Ihre Zustimmung.

Danke schön.

Info Stand 2018: Bei Braunkohlekraftwerken liegen die Stromgestehungskosten zwischen 4,59 Cent/kWh und 7,98 Cent/kWh. Bei PV-Anlagen ist die Spannweite größer (größere Anlagen produzieren günstiger), die Stromgestehungskosten liegen zwischen 3,71 Cent/kWh und 11,54 Cent/kWh. ^[ISE2018]

Info Stand 2021: Bei Braunkohlekraftwerken liegen die Stromgestehungskosten zwischen 10,38 Cent/kWh und 15,34 Cent/kWh. Bei PV-Anlagen ist die Spannweite größer (größere Anlagen

produzieren günstiger), die Stromgestehungskosten liegen zwischen 3,12 Cent/kWh und 11,01 Cent/kWh.^[ISE2021]

Geänderte, beschlossene Version:

1. Der Magistrat wird gebeten, an die Bundesregierung zu appellieren, den Ausbau der erneuerbaren Energien so zu beschleunigen, dass die höchst klimaschädliche Verstromung von Braunkohle in der Bundesrepublik Deutschland so schnell wie möglich (idealerweise deutlich vor 2030) gänzlich eingestellt werden kann.
2. Angesichts des durch die vermehrte Braunkohleverstromung gestiegenen CO₂-Ausstoßes der Stromproduktion wird die Stadt Marburg bei ihren Anstrengungen die Klimaneutralität zu erreichen ein besonderes Augenmerk auf die Beschleunigung von Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs in Marburg und zu dessen Substitution durch Erneuerbare Energien aus Sonne und Wind legen.
3. Die Universitätsstadt Marburg wird sich im Rahmen ihrer Mitgliedschaften in kommunalen Verbänden dafür einsetzen, dass andere Städte ihren entsprechenden Einsatz ebenfalls verstärken.

Originalantrag Dietmar Göttling:

1. Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, sowohl an die Bundesregierung als auch an die Landesregierung NRW zu appellieren, auf den für die Versorgungssicherheit nicht notwendigen und höchst klimaschädlichen Abbau der Braunkohle in Lützerath zu verzichten.
2. Die Stadt Marburg informiert und bittet - im Rahmen ihrer Mitgliedschaften in zahlreichen Klimabündnissen - andere Städte, ebenfalls einen entsprechenden Appell an die Bundesregierung und an die Landesregierung NRW zu richten.

Begründung:

Das Abbagern der Kohle in Lützerath sei "nicht nur eine Frage der Existenz eines Dorfes, sondern eine Causa, die von globaler und klimapolitisch richtungsweisender Bedeutung ist", heißt es in dem an Bundesregierung, NRW-Landesregierung sowie Bundes- und Landtag gerichteten Offenen Brief von zahlreichen Prominenten.

Die Kohle unter Lützerath abzubauen bedeutet, dass weitere 280 Millionen Tonnen Kohle verbrannt werden. Deutschlands CO₂ Budget lässt aber nur noch 47 Millionen Tonnen übrig. Damit ist klar: Deutschland überschreitet die 1,5-Grad-Grenze. An den Gutachten, die dem Deal mit RWE zugrunde liegen, gibt es große Zweifel. Mittlerweile belegen Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Aurora Energy Research, dass die Kohle unter Lützerath nicht benötigt wird, um die Energiesicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Der vorgezogene Kohleausstieg 2030 ist kein Erfolg, wenn die Menge an Kohle nicht begrenzt wird. Dieser Deal spart keine einzige Tonne CO₂ ein. Die Verhandlungen und der RWE-Deal müssen transparent aufgeklärt und die Entscheidung auf Grundlage zweifelhafter Gutachten muss geprüft werden.

In der OP vom 14.01.2023 äußerte sich u.a. ein Fraktionsmitglied der Grünen zur Lage in Lützerath „Laut der Marburger Grünen-Stadtverordneten Madelaine Stahl könne es für „ökologisch nachhaltig Denkende nichts Ablehnenswerteres geben, als das was da gerade passiert.“ Auch Vertreterinnen der Klimaliste, wollten den Aktivisten in Lützerath den Rücken stärken.

Obwohl das Dorf Lützerath nicht mehr existiert, ist es noch nicht zu spät weiterhin aktiv zu bleiben, denn die Braunkohle befindet sich noch im Boden. Von daher sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit dies auch in Zukunft so bleibt. Marburg als Mitglied im Bündnis der Klima-Kommunen Hessen sollte hier Vorreiter spielen, und andere Städte und Kommunen überzeugen, ebenfalls Druck auf die Bundesregierung und Landesregierung NRW auszuüben.

Es muss verhindert werden, dass die ambitionierten Klimaschutzbemühungen der Städte und Gemeinden zur Klimaneutralität 2030 durch den Bund und das Land NRW konterkariert werden.

Dietmar Götting